

Druckbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben. Redaktion: S.W. 68, Cindrasstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

10 Pfennig

Donnerstag

28. Januar 1926

Verlag und Anzeigenabteilung: Gehlertstraße 9-5 Uhr. Verleger: Hermann-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Cindrasstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 202-207.

# Luthers knapper Sieg wahrscheinlich. Die Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß!

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat heute nach zweistündiger Beratung mit großer Mehrheit beschlossen, sich bei der bevorstehenden Abstimmung über den Vertrauensantrag der Parteien der Mitte für das neue Kabinett Luther der Stimme zu enthalten! Entscheidend für diesen Entschluß war die Erwägung, daß zwar die außenpolitischen Erklärungen, die der Reichskanzler besonders gestern abgegeben hat, geeignet sind, Verteidigung zu erwecken, daß aber seine Erklärungen über die innenpolitischen, ganz besonders die sozialpolitischen Fragen auch hinter bestehenden Erwartungen sehr weit zurückbleiben.

Die sozialdemokratische Fraktion wünscht nicht, durch Annahme eines Mißtrauensvotums oder Ablehnung des Vertrauensvotums im Reichstag eine neue Regierungskrise mit gänzlich ungewissem Ausgang und vielleicht mit schweren Folgen für die Wirtschaft herbeizuführen. Sie ist aber nicht in der Lage, einer Regierung ihr Vertrauen auszusprechen, die mit den Ueberlieferungen der ersten Luther-Regierung und mit volksparteilichen Elementen stark belastet ist. Aus diesen Gründen kam die Fraktion dazu, sich der Abstimmung zu enthalten.

Der vorausichtliche Gang der Dinge ist nun der, daß die Parteien der Mitte, während die Sozialdemokratie Gewehr bei Fuß steht, über die deutschnational-kommunistische Opposition einen knappen Sieg erzielen wird. Ueberraschungen sind natürlich nicht ausgeschlossen.

## Luthers Echo.

### Staatsstreichpläne in Zeiten schwerster Not.

Die gestrige Luther-Rede im Reichstag hat in der Presse ein großes Rätselraten hervorgerufen. Niemand weiß so recht, was er mit der persönlichen Explosion des Kanzlers anfangen soll. Zumeist aber wird sie aufgefaßt als eine Drohung mit der Reichstagsauflösung, von der die „Deutsche Zeitung“ behauptet, daß die Sozialdemokratie sie fürchtete, während die ihr geistesverwandte „Deutsche Tageszeitung“ in geradem Gegensatz dazu erklärt:

Eine Reichstagsauflösung in der gegenwärtigen Situation wäre aber nicht nur zwecklos, sondern zugleich doch auch überaus bedenklich. Mit welchen Heilmitteln die marginalen Parteien arbeiten würden, kann man sich nach dem Zusammengehen der Sozialdemokraten und Kommunisten zur entscheidungstauglichen Entzweiung der Fürstentümer ... und nach manchen anderen Anzeichen lebhaft denken. Vor allem aber: eine Regierung, die auch nur noch irgendeinen Rest von Verantwortlichkeitsgefühl besitzt, kann nicht eine Reichstagsauflösung bei einer Wirtschaftslage herbeiführen, die durch das Vorhandensein von bald zwei Millionen Arbeitslosen gekennzeichnet ist, noch vor Abschluß des Wahlkampfes vielleicht mit einer weiteren Million Erwerbsloser belastet sein kann, die nicht nur in einer Stimmung steigender Verzweiflung eine mehrfache Beute für die strupelloseste Agitation darstellen, sondern auch den sozialistischen Parteien in beliebiger Weise kostengünstige Wahlhelfer und Wahlhelferinnen zuführen würden. Man kann wohl überzeugt sein, daß auch Herr Dr. Luther in dieser Frage gar nicht anders denken kann.

Angesichts dieser Sorgen, die das Organ des Landbundes belasten, ist es verständlich, wenn es nach der Ursache der Lutherischen Heftigkeit sucht. Das Blatt kommt zu dem Resultat, daß „der Hauptgrund für diese sichtlich improvisierte Kanzlerrede doch wohl einfach in dem mitunter ins Cholerische fallenden Temperament des Herrn Dr. Luther zu suchen sei“. Es befürchtet, daß ähnliche Temperamentsausbrüche Dr. Luther „schon morgen oder übermorgen zu einem neuen derartigen Hysterienanfall“ verführen könnten. Deshalb hofft es, daß der Reichspräsident eine Auflösung des Reichstages nicht mitmachen würde, sondern daß er im Falle des Verlangens einer positiven Vertrauenserklärung eine Regierungsänderung „nach der personellen Seite hin“ vornehmen, also Luther außer Betrieb setzen würde.

Wieder anders sieht das dritte deutschnationale Blatt die Sache an. Die „Kreuz-Zeitung“ erklärt in Luthers Erklärungen den „Ueberritt des Herrn Dr. Luther und seiner Kollegen zur verkappten Großen Koalition“. Die „Tägliche Rundschau“ meint, es sei alles in allem ein glücklicher Tag für die Regierung gewesen. Diese Kämpfe jedenfalls mit Ehren für den Grundgedanken der Verantwortlichkeit und für die Politik des positiven Schaffens. Die „Germania“ erklärt, „die Regierung muß bleiben“ und wünscht, daß „bei der Sozialdemokratie die bessere Einsicht die Oberhand gewinnen“ und daß sie die Regierung nicht stürze, ehe sie überhaupt arbeiten konnte. Wenn der Reichstag ihr das Vertrauen verweigere, dann müsse sie allerdings vom Reichspräsidenten unverzüglich den Reichstag auflösen lassen.

Dann wäre auch der Moment da, wo diese Regierung von den Vollmachten des Artikels 48 Gebrauch machen könnte. Entscheidend bleibt eine Regierungsweise auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung ein Nothelfer. Es wird die Aufgabe des Ka-

binetts Luther sein, einen neuen Reichstag zu schaffen, der für die Bildung fester Regierungsverhältnisse bessere Vorbedingungen in sich trägt. Das wäre durch ein politisch vorteilhafteres Wahlverfahren zu erreichen. Das für beschränkte Zeitdauer diktatorisch arbeitende Kabinett Luther muß die Vervollkommnung unseres demokratischen Apparates zum Ziele haben und sie schnellst durchzuführen, es muß dem demokratischen Prinzip dienen wollen, sonst wird seine Diktatur eine Quelle größter Gefahren und Wirrnisse. Die Dinge sind ohnehin auf die Spitze getrieben.

Es ist richtig, daß mit dem Gedanken einer „Diktatur Luther“ im Reichstage wiederholt gespielt wurde. Aber daß die „Germania“ als Organ einer Verfassungspartei einem Staatsstreich Luthers das Wort redet, zeigt, wohin das Diktaturgedenke auf die Dauer zu führen geeignet ist. Daß der Versuch eines solchen Staatsstreiches ein freventliches Spiel mit dem Feuer darstellen würde, sollte doch auch die „Germania“ begreifen, besonders angesichts der sozialen Zustände, auf die die „Deutsche Tageszeitung“ nicht mit Unrecht voller Sorgen hingewiesen hat!

# Sperrgesetz gegen Fürstenforderungen Die Beratungen im Rechtsausschuß.

In der heutigen Sitzung des Rechtsausschusses nahm der Abg. von Freitag-Loringhoven das Wort, um sich nochmals über die Verhältnisse in Lippe zu äußern.

Dr. Rosenfeld: Jetzt können nur Tatsachen mitgeteilt werden.

Abg. v. Freitag-Loringhoven: Ich will auch nur die Tatsache feststellen, daß der Vertreter des Landes Lippe uns in der letzten Sitzung eine ganz ungenügende Auskunft gegeben hat. Ein Entzweiungsgesetz, an das er sich nicht mehr erinnern konnte, ist tatsächlich in Lippe erlassen worden. Das ergibt das dortige Gesetzblatt.

Abg. Pfleger (Bayern, Sp.): Als Berichterstatter muß ich feststellen, daß das Entzweiungsgesetz in den Drucksachen, welche uns die lippeische Regierung zur Verfügung gestellt hat, mehrfach erwähnt worden ist.

Dr. Rosenfeld: Das sind wirkliche Feststellungen und diese Feststellungen ergeben einwandfrei, daß die lippeische Regierung das Entzweiungsgesetz nicht verschwiegen hat.

Abg. Coerling: Es wird notwendig sein, die lippeischen Vertreter nochmals kommen zu lassen. Wenn man über den Koburger Fürsten, über den gar nichts zu sagen ist, so lange verhandelt hat, kann man über Lippe erst recht ausführlich sprechen.

Dr. Rosenfeld (Soz.): Wie kann man das raubgierige Verhalten des Koburger Fürsten, dessen Habgier zweifelsfrei festgestellt worden ist, mit Lippe auf eine Stufe stellen! Nach den Feststellungen des Berichterstatters ist völlige Aufklärung geschaffen.

Abg. Lohmann (Dnat.): Es geht zu weit, wenn Dr. Rosenfeld zweimal von Habgier und Raubgier eines Fürsten spricht. (Zuruf links: Einmal geben Sie also die Habgier zu!)

Abg. v. Freitag-Loringhoven: Wir müssen dazu Stellung nehmen, daß die lippeische Regierung uns ungenügend Auskunft gegeben hat.

Dorf. Kahl: Das kann erst in der Generaldebatte geschehen.

Der Rechtsausschuß beschäftigte sich dann mit dem Sperrgesetz. In Beantwortung der deutschnationalen Einwendungen gegen die Zuständigkeit des Reichstages für den Erlaß eines solchen Gesetzes erklärt

### Abg. Landsberg:

Die Deutschnationalen haben erklärt, daß das Sperrgesetz nur auf agitatorische Beweggründe zurückzuführen sei. Ausgerechnet die Deutschnationalen erheben eine solche Einwendung. Sie lassen sich ja niemals vom agitatorischen Gesichtspunkte leiten. Weder übrigens könnte das agitatorische Interesse uns höchstens heranziehen, gegen das Sperrgesetz zu stimmen. Denn es könnte uns vom agitatorischen Gesichtspunkte aus nichts erwünschter sein als die Fortleitung der Prozesse, insbesondere derjenigen der mecklenburgischen Mätressen. Keineswegs ist das Sperrgesetz verfassungsändernd. Das zu prüfen, wäre eigentlich später noch Zeit, wenn sich etwa wider Erwarten ergeben sollte, daß für das Gesetz keine Mehrheit vorhanden ist, wie sie nach Verfassungsänderungen vorgeschrieben ist. Der Reichstag ist für die Gesetzgebung auf dem Gebiete des bürgerlichen Verfahrens souverän, also kann er auch bestimmen, daß

### Prozesse zwischen Fürsten und Ländern bis zur reichsgerichtlichen Regelung der Frage nicht fortläufig

werden dürfen. Man erwirbt sich, wenn man das Sperrgesetz erläßt, ein Verdienst um das Volk, das jedenfalls erhebliche Vermögenswerte spart. Als es sich um die Aufwertungsfragen handelte, haben die Deutschnationalen keinen Widerspruch gegen ein Sperrgesetz erhoben. Sie haben auch keine verfassungsrechtlichen Bedenken gehabt, als Herr Emminger auf Grund des Ermächtigungsgesetzes, welches Verfassungsänderungen nicht zuließ, durch eine Verordnung bestimmen ließ, daß Privatklagen fast drei Monate hindurch von den Gerichten nicht angenommen werden dürfen. Die Deutschnationalen hätten also früher aufstehen müssen, wenn sie ein Recht darauf haben wollten, mit solchen Einwendungen gehört zu werden. Gerade Herr Coerling hat früher erklärt, daß er mit einem Ruhen des Prozesses des Altenburger Fürsten nicht einverstanden sei. (Zustimmung des Abg. Coerling.) In der letzten Sitzung aber hat der Abgeordnete Coerling uns gesagt: Mit Leichtigkeit lasse sich ein Ruhen der Prozesse herbeiführen. Das charakterisiert auch Herrn Coerling. Jedenfalls kann man sich nicht darauf verlassen, daß ein Ruhen der Prozesse vereinbart wird, und deshalb ist das

### Sperrgesetz eine unbedingte Notwendigkeit.

Abg. Wunderlich (D. Sp.) unterjuchte zunächst die Frage, ob die Zuständigkeit des Reichstages für ein Sperrgesetz gegeben sei. Er kam unter Berufung auch auf das Gutachten des Vertreters des mecklenburgischen Fürstenhauses, Rechtsanwalt Friedmann, zu dem Ergebnis, daß die Zuständigkeit nicht zu befreiten sei.

Die Zuständigkeit des Reiches sei vor allem begründet durch Artikel 9 der Reichsverfassung, denn die Abfindungsfrage berühre außerordentlich die öffentliche Ordnung und Sicherheit des Reiches, nachdem jetzt von zwei großen Parteien ein Volksscheid darüber beantragt worden sei. Verfassungsändernden Charakter habe das Sperrgesetz nicht.

Abg. Dr. Kötter (Komm.) erklärte sich mit den Änderungsanträgen der Mittelparteien einverstanden, äußerte Bedenken gegen eine Befristung bis zum 30. Juni, aber erklärte auch im Falle der Annahme dieser Befristung die Zustimmung seiner Freunde. Das Gesetz müsse auch die Streitigkeiten vor Schiedsgerichten treffen.

Dorf. Abg. D. Kahl (D. Sp.) äußerte seine juristische Meinung dahin, daß schon nach dem Wortlaut des vorliegenden Antrags die Verfahren vor Schiedsgerichten unter das Sperrgesetz fallen würden.

Abg. Wegmann (Z.) beantragte den Zusatz, daß Arreste und einstweilige Verfügungen von dem Sperrgesetz nicht berührt werden.

Mit Rücksicht auf die wichtigen Fraktionsitzungen großer Parteien wurden dann die Verhandlungen abgebrochen.

Die nächste Sitzung wird am Dienstag, 4 Uhr nachmittags, stattfinden.

## Der vergessene Wilhelm.

### Die Wehmut der Reaktion.

Zu „Kaisers Geburtstag“ heißt es im „Lokal-Anzeiger“:

„Fern der deutschen Heimat begehrt heute Kaiser Wilhelm II. seinen Geburtstag — zum achten Male im holländischen Exil. Mit Wehmut gedenken wir auch bei diesem Anlaß jener Zeiten, zu denen Kaisers Geburtstag so recht eigentlich der Nationalfeiertag des deutschen Volkes gewesen ist. Damals ein mächtiges Reich vom Meer bis zu den Alpen — heute das klägliche Objekt der Politik ruhmloser Sieger! In dem heißen Wunsche nach Wiederaufrichtung eines Reiches in seiner früheren Macht und Größe wissen wir uns einig mit allen guten Deutschen.“

Das ist die Wehmut des „Lokal-Anzeigers“. Ihm kann man sie ganz besonders nachempfinden, denn im Glanze des Hofes konnte sich früher das Scherzblatt, das heute Hugenberg's Industrielleninteressen dienen muß. Immerhin, Wilhelm II. ist mit keinem Geburtstag im „Lokal-Anzeiger“ schon unter die Rubrik „Kurze Nachrichten“ abgeschoben worden. Es brüskelt halt im Kreise der Allergereuesten. Der „Tag“, z. B., das andere Hugenbergblatt, widmet dem großen Ereignis nicht eine einzige Zeile. Es bleibt der „Kreuz-Zeitung“ mit „Gott für König und Vaterland“ vorbehalten, Wilhelm II. einen Leitartikel zu widmen. Aber selbst hier gibt die Wehmut des Artikelschreibers nicht mehr der Person des großen Mannes in Doorn. Dieser Mann ist selbst für die Betreuesten aller Betreuten tot. Trotz alles Bekenntnisses „mit Gott für König und Vaterland“ wagt selbst die „Kreuz-Zeitung“ nur den Willen auszusprechen, „alles daran zu setzen, um einem späteren Geschlecht die Möglichkeit zu neuer Macht und Größe zu geben“.

Revolutionären Mut hat nur noch die „Deutsche Zeitung“. Sie ist das einzige Blatt, das noch ein „deutsches Manneswort“ zu sagen wagt. Sie will keinen Frieden mit der Gegenwart, sie will den gewalttätigen Umsturz, sie will ihn selbst auf die Gefahr des Kampfes mit Hindenburg. Sie glaubt nicht daran, daß Hindenburg ein Vaghalter des Kaiserturns ist, sie fürchtet, daß er die Republik beseitigen könnte. Deshalb schreibt sie:

„Das derzeitige Reichsoberhaupt, in dem unendlich viel Gutgefinnte den Vaghalter des Kaiserturns erblickten, hat sich die Aufgabe gestellt, veröhnend zu wirken und eine wahre Volksgemeinschaft zu schaffen — eine noch den Lehren der jüngsten deutschen Geschichte in sich unlösliche Aufgabe. Volksgemeinschaft kann es für Deutsche nur geben zwischen Deutschen, und auch nur zwischen solchen Deutschen, denen ihr Volk das letzte und höchste irdische Gut ist.“

Noch hofft sie, daß Hindenburg seinen „verhängnisvollen Irrtum“ einsehen möge, der nach ihrer Meinung auch Wilhelms II. Schicksal geworden ist. Auch die „Deutsche Zeitung“ spricht deshalb nicht mehr vom Kaiser, sondern nur noch vom Kaiserturn. Ein Mussolini wäre ihr offenbar das Liebste. Aber einen Mussolini findet selbst die „Deutsche Zeitung“ in ganz Deutschland nicht. So bleibt es bei der Wehmut und beim Vaghalter.



# Machtansprüche des Landbundes

Zwei Diktatoren — ein Ständeparlament.

Der Reichslandbund hat heute vormittag in Kassel mit dem üblichen schwarzweißen Aufzug und unter starker Beteiligung der Jugendbünde seine vierte Jahresversammlung begonnen. Die Rede, die der Präsident, volksparteiliche Abgeordnete und Beinahe-Ernährungsminister Hepp dabei hielt, befaßte sich auch mit der politischen Einstellung des Reichslandbundes zur Reichspolitik und Reichsverfassung. Nach der Entschlebung, die der Vorstand des Reichslandbundes kürzlich hierzu gefaßt hat und die alle nur irgendwenn möglichen Deutungen zuließ, dürfte man auf die Auslegung des Programms mit Recht gespannt sein. Hepp führte dazu aus:

Schon auf unserer vierten Reichslandbundtagung haben wir hingewiesen auf die Notwendigkeit einer Reform der Verfassung. Gerade der beste Hüter des Parlamentarismus sollte auf Grund der neuesten Erfahrungen in allererster Linie zu einer Verfassungsreform sich bekennen. Wir sehen die Möglichkeit einer Besserung in einer Stärkung der Position des Reichspräsidenten. Der Satz von der Ausbalanzierung der Kräfte erfordert, daß gegenüber der Einmacht des Parlaments eine Stelle vorhanden ist, die über starke verfassungsmäßige Rechte verfügt. Die Erfahrungen, die wir im übrigen mit der Gesetzgebung gemacht haben, zwingen uns zu der Feststellung, daß mit dem Alleinparlament, das aus Wahlen hervorgegangen ist und das nicht die jeweilige Volksstimmung wiedergibt, reichsrechtliche Politik nicht gemacht werden kann. Wir sehen an der Regierungsvorlage, daß die Umgestaltung des Reichswirtschaftsrates der erste schwache Versuch ist, Kreise des deutschen Volkes, die außerhalb des politischen Parlamentarismus ihre Kräfte dem Vaterlande zur Verfügung stellen wollen, zur verantwortlichen Mitarbeit heranzuziehen. Wir glauben, daß die Gefahren, die im Einamtersystem liegen, das im allgemeinen durch eine Mehrheit regiert und damit sich selbst kontrolliert, nur gemindert werden können dadurch, daß derselben eine zweite Kammer mit dem Recht der Legislative und nicht hervorgegangen aus dem Reichswahlrecht zur Seite gestellt wird.

Man wünscht also die Stärkung der Macht des Reichspräsidenten. Das ist die Formel, mit der man heute das Streben gewisser Kreise nach einer scheinungsgemäßen Diktaturgewalt des Präsidenten verhüllt. Wertwürdig ist dabei, daß die Rechtsparteien und die gelegentlich demokratisch auftretenden Volksparteien eine ähnliche Forderung niemals erhoben, solange Ebert Reichspräsident war. Man erlebt heute den Rückfall der Reaktion in die ältesten und überlebtesten Anschauungen. Wie hieß es doch einst so schön:

Und der König absolut,  
wenn er unsern Willen tut.

Dabei haben die Agrarier mit ihren politischen Bertrauensleuten die denkbar schlechtesten Erfahrungen gemacht, wenn diese zur verantwortlichen Regierungstätigkeit gelangten. Alle wirtschaftlichen und finanzpolitischen Maßnahmen, über die sie heute zetern, sie sind ja von einer Regierung getroffen worden, in der der agrarische Flügel der Deutschnationalen mit Vertretern wie Schlieben, Schiele, Rahn die entscheidenden Einfluß hatten, einer Regierung, die sich nur halten konnte, weil sie in ihrer Wirtschafts- und Innenpolitik das Vertrauen der agrarischen Abgeordneten, auch des Herrn Hepp hatte! Nur die erstaunliche Fähigkeit, aus keiner Erfahrung etwas zu lernen, kann die Agrarier zu dem Glauben veranlassen, daß ein deutschnationaler Diktator oder gar Hindenburg, der sich bisher durchaus nicht von der Parteidemagogie der Deutschnationalen gänzlich läßt, mit einem Schlag alles ändern würde.

Die Forderung nach einer zweiten Kammer ist natürlich abzulehnen. Die Notrufe des Landbundes nach Krediten für die große Landwirtschaft klingen etwas eigenartig, wenn

man weiß, daß der Reichslandbund da, wo er etwas zu sagen hat, immer die Bevorzugung des Großgrundbesitzes bei der Kreditverteilung bewirkt hat. Daß die Beschaffung langfristiger Kredite für die gut wirtschaftenden Landwirtschaftsbetriebe aller Größenklassen ein dringendes Erfordernis ist, hat gerade die Sozialdemokratie immer betont. Wenn der Reichslandbund das tut, der in seinen Genossenschaften erhebliche öffentliche Gelder verwirtschaftet hat und sich durch keine „Mollate“ davon abhalten läßt, große Mittel für reaktionäre politische Organisationen aufzuwenden, so ist das doch etwas starker Tabak.

In der Handelspolitik haben die Agrarminister hinzugelehrt. Daher wandte sich auch Hepp gegen den spanischen Handelsvertrag. Dem Landbund kann es egal sein, wenn der Industriearbeiter keine Beschäftigung findet, weil der Export nicht in Fluß kommt. Aber wenn der Arbeiter nicht genug Geld hat, um sich anständig ernähren zu können, wenn dann die Preise für deutsche Agrarprodukte niedrig bleiben, so ist bloß der böse Margismus daran schuld! Denn der Arbeiter hat nun einmal die Pflicht, mit dem Geld zu kaufen, das er nicht bekommt. So will es agrarische Rationalökonomie!

Gegen die hohen Steuern hieß ein einziger Diktator auch dann nicht, wenn er ein Ständeparlament von Gottes Gnaden zur Seite hat. Deshalb verlangt Hepp „die Erweiterung der Befugnisse des Reichsfinanzministers oder Einsetzung eines besonderen Sparministers mit besonders weitgehenden Rechten“. Die Rechte werden dann einzeln aufgeführt. Sie sind in ihrer Gesamtheit diktatorische Vollmacht. So haben wir nun schon den zweiten Diktator. Wenn der Landbund weiter so politisiert, dürfte demnächst die Gründung eines Gefangenenvereins der Diktatoren fällig sein.

## Rede des Grafen Kalkreuth.

Gleichzeitig mit dem Präsidenten Hepp sprach in einem anderen Versammlungsort, dem Evangelischen Vereinshaus zu Kassel der zweite Präsident, Graf v. Kalkreuth über die Wirtschaftslage. Seine Gedankengänge deckten sich in ihrem politischen Niveau mit denen Hepps. Interessant aber war, daß Kalkreuth in einem Atem die Wiedereinführung der freien Konkurrenz für die deutsche Industrie forderte, und dazu Zollerhöhungen gegen Frankreich und Italien, sowie Kampfzölle gegen England und Amerika verlangte. Bemerkenswert war der Appell Kalkreuths an die Landwirte, sich genossenschaftlich zu organisieren, um wie in Kanada Einfluß auf die Preisgestaltung zu gewinnen, sowie seine Aufforderung an die Konsumenten, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß den Weg des Produktes vom Landwirt zum Verbraucher zu verkürzen und damit zu verbilligen. Die Konsumentengenossenschaften sind seit langem da. Darüber, was der Reichslandbund bisher von sich aus dazu getan hat, den Zusammenschluß zu fördern, sagte der Redner nach den vorliegenden Berichten jedoch nichts.

## Späte Einsicht.

### Die Kommunisten lernen zu.

Die Entwicklung der kommunistischen Partei ist eine der interessantesten, die man in Deutschland seit langem beobachtet hat. Selten hat eine Partei innerhalb weniger Monate ihr Ruder so radikal herumgerichtet. Heute beten die Kommunisten an, was sie gestern verbrannt haben und heute verbrennen sie, was sie gestern angebetet haben. Man mag dieser Entwicklung noch so skeptisch gegenüberstehen, man kann doch an ihr nicht achtlos vorbeigehen. Was soll man z. B. sagen, wenn man in einem Spitzenartikel der theoretischen Zeitschrift der KPD, der „Internationalen“, der sich unter dem Thema „Die Partei und ihre Kritiker“ an die Opposition in der KPD wendet, folgenden schönen Satz liest:

„Gewiß ist es viel leichter, Politik im luftleeren Raum zu treiben und durch die endlose Wiederholung radikaler Redensarten

sich selbst besoffen zu machen, als den schweren Weg der Überwindung der starken Widerstände zu gehen, die im Lager der Arbeiterklasse selbst einer kommunistischen Politik noch entgegenstehen.“

Liebt man die besondere Schlussanwendung auf die kommunistische Taktik fast, dann liest sich dieser Satz, wie ein Stück aus einer Polemik der Sozialdemokratie gegen die frühere KPD, und gegen die Hebertreffe, die sich noch reichlich genug aus der Vergangenheit in der heutigen KPD vorfinden. In der Tat, es ist sehr leicht, Politik im luftleeren Raum zu treiben! Hoffentlich geht diese Erkenntnis den Kommunisten wirklich in Fleisch und Blut über.

## Ein feiner „Hof“-Prediger.

### Kaisergeburtstagspredigt mit Republikbeschimpfungen.

Der „Hofprediger“ Vogel in Potsdam hat anlässlich der Kaisergeburtstagsfeier in der dortigen Friedenskirche eine Predigt gehalten, die eine einzige proporzierende Beschimpfung des deutschen Volkes ist. Aus seinen Ausführungen ging hervor, daß er öfters Gast des entlassenen Wilhelm in Doorn ist, so daß er den Eindruck erweckt, er predige direkt in seinem Auftrag. Köstlich ist die Begründung für Wilhelms Flucht, die er offenbar aus dessen Munde entnommen hat: „Er opferte seine Ehre, um seinem Volke den Bürgerkrieg zu ersparen.“ In der alten preussischen Armee, deren Oberster Kriegsherr Wilhelm war, wurde einem Offizier, der sich, tatsächlich oder angeblich, etwas Unehrenhaftes zuschulden hatte kommen lassen, der Revolver in die Hand gedrückt. Aber der Oberste Kriegsherr zog den Verlust seiner Ehre dem Tod im Schützengraben vor.

Herr Vogel hat sich aber vor allem erdreistet, von der Kanzel aus zu erklären: „Wer nicht königstreu ist, ist ein Lump!“ und hat von dem „stinkenden Haus von Weimar“ gesprochen. Diese unerhörten Beschimpfungen der verfassungstreuen Bevölkerung hat sich ein Mann geleistet, der von der Republik bezahlt wird. Unter diesen Umständen wollen wir annehmen, daß es nur ein Druckfehler ist, wenn die „B. Z.“ schreibt, daß diese schamlose Predigt „zu behördlichem Einschreiten noch keinen Anlaß gegeben“ habe. Anlaß zum schärfsten Vorgehen ist mehr als genug gegeben und es soll wohl heißen, daß ein Einschreiten noch nicht veranlaßt wurde. Das aber schleunigst nachzuholen, ist die Pflicht der vorgelegten preussischen Behörde, in diesem Falle des Kultusministeriums, sowie der Staatsanwaltschaft, denn es liegt ein eklatanter Verstoß gegen das noch immer bestehende Gesetz zum Schutze der Republik vor. Handeln die Behörden nicht sofort aus eigenem Antriebe, dann wird sie die preussische Volksvertretung dazu zwingen!

## Die Räumung Bonns.

Bonn, 28. Januar. (Rib.) Nach einer amtlichen Mitteilung der Besatzungsbehörde werden die letzten französischen Truppen am Sonntag, den 30. Januar, nachmittags 3 Uhr, Bonn verlassen haben. Die Fahne wird um 2 Uhr niedergeholt werden. Es wird ein kleines französisches Kommando in Bonn zurückbleiben für den Fall, daß die Engländer und Belgier bis zum gleichen Tage ihr Gebiet noch nicht vollständig geräumt haben.

Eine Konferenz der Polizeiminister der kleinen Entente. In den nächsten Wochen wird in Bukarest eine Konferenz der Polizeiminister der Staaten der kleinen Entente stattfinden, in der gemeinsame polizeiliche Maßnahmen zur Bekämpfung der kommunistischen Propaganda beraten werden sollen. Ferner wird sie sich mit der Frage der Aufenthaltserlaubnis für Ausländer und mit dem Ausweisungsbefehl beschäftigen.

Kato †. Der japanische Ministerpräsident Graf Kato ist plötzlich gestorben. Er ist aus der diplomatischen Laufbahn hervorgegangen, war 1912 Vizepräsident in London, seitdem mit kurzer Unterbrechung Außenminister und Ministerpräsident. Als Führer der 1913 gegründeten Benkei-Partei war er der Träger der imperialistischen Expansionspolitik Japans in der Mandchurie.

## „Das aufreizende, hämische Lächeln.“

Von Kasp.

In einer bekannnten Berliner Buchhandlungsfirma hat sich folgendes zugetragen: Der Prokurist der Firma machte zu einem Angestellten eine herabsetzende Bemerkung über den Wert der Tarifverträge. Ein Dritter wurde unfreiwilliger Zeuge des Gesprächs und mußte über das Gehörte aufreizend und hämisch (so nannte es nachher der Prokurist) lächeln. Das brachte den Prokuristen (Prokuristen sind keine Beute!) so in Wut, daß er schrie: „Da lacht dieser Lausjunge schon wieder!“ Der Beleidigte verlangte Genugtuung. Als ihm die nicht wurde, legte er sofort die Arbeit nieder und ging. Verlangte dann vom Chef das Gehalt bis zum Ablauf des Monats mit Berufung auf einen Gesetzesparagraphen, der den Arbeitgeber verpflichtet, seine Arbeitnehmer vor Angriffen auf ihre Ehre zu schützen. Der Chef weigerte sich zu zahlen. Der Beleidigte klagte. Nach seiner Meinung hatte sich der Chef nur sehr wenig Mühe gegeben, den Prokuristen zu veranlassen, die Beschimpfung zurückzunehmen. Ja, der Chef hatte sich sogar geäußert, daß auch ihm wiederholt das „aufreizende und hämische Lächeln“ aufgefallen sei; nur war er der Meinung gewesen, es wäre in der Mehrzahl der Fälle (!) unbewußt geschehen.

Genug: der Kläger wurde vom Gericht abgewiesen. Er ist mit seinen berechtigten Forderungen an irgendeinem juristischen Zwirnstrang hängen geblieben. Der Abgewiesene darf sich trösten und den Ruhm eines Märtyrers in Anspruch nehmen. Das „aufreizende, hämische Lächeln“, das ihm zu eigen war, ist von jeher ein Privileg der Entrechteten gewesen.

Man braucht nur an den alten Staat zu denken. Dort war es zu sehen auf den Gesichtern der geschundenen und gepeinigten Rekruten, die machtlos vor dem brutalen und sie schikanierenden Vorgesetzten standen. Sie mußten gehorchen, tun, was ihnen befohlen wurde. Aber: sie lächeln, „aufreizend und hämisch“. Manchem hat das schon die Freiheit gekostet — einigen das Leben. Das „aufreizende und hämische Lächeln“ war zu dieser Zeit auch auf den Gesichtern der Arbeiter zu sehen, wenn ihre gewaltigen Demonstrationen von der Mäule der blauen Polizei bedrängt und zerstreut wurden.

Das selbe Lächeln erscheint auf dem Gesicht des Angeklagten, der vor unbarmherzigen Richtern steht, die nicht nach menschlichem Verstand und Mitleiden urteilen, sondern nach den kalten Buchstaben des Gesetzes den Stab über ihn brechen. Dieses Lächeln, „aufreizend und hämisch“, ist gelächelt worden, seitdem es Unterdrückter und Unterdrückte gibt, und es wird gelächelt werden noch lange — lange — bis zu dem Tage, an dem der letzte Tyrann fällt.

Bewußt oder unbewußt — die Kinder des Proletariats werden mit ihm geboren. Es ist das Lächeln der Getroffenen und Gequälten. Dies Lächeln ist der Heil, der die anderen mitten ins Herz trifft, der sie aufheitert läßt — tödlich getroffen.

## Geburtstage im Opernhaus.

Zu Enlenbergs 50. Geburtstag holte die Staatsoper aus ihrem Schrank die Partitur des „Ritter Blaubart“ in der Vertonung von Regnicel. Dieses Werk zeigt den vornehmen österreichischen Meister auf der Höhe seiner Kunstfertigkeit. Zwischen Boris Godunow und Wozzeck ist hier die instrumentale Einleitung notwendiger, erregender, schaurig-hingepreister Szenen das gelungenste und packendste Zwischenglied. Der Schwerpunkt des erfindungsreichen Schaffens liegt in den sinfonischen Ueberleitungen von Szene zu Szene. Hier ist Regnicel eine naturalistische Stimmenschilderung gelungen, die tatsächlich ohne Wort das Entscheidende stark und gesteigert auszudrücken weiß. Der Stoff der Handlung selbst ist so reich an Pointen und Schicksalszuspinnungen, daß ein so geistreicher Illustrator wie Regnicel hier bequeme Grundlagen für seine koloristische Begabung hatte. Die stilistische Ebenheit des Wertes verfehlt mit Härten und notwendigen Kränkheiten, die sind eben durch ein Risiko bedingt, das mehr die Herzen als die Seelen angeht. Braun und die Catopoli wußten dieser Grundstimmung mit elementarem Spiel gerecht zu werden (wobei ungerecht wäre, eine Vera Schwarz in ihrem außerordentlichen Temperament von der Uraufführung her zu verweisen). Regrowitz zeigte als Dirigent, wie schwungvoll-mutig er sein kann, wenn ihm Gelegenheit dazu geboten wird.

Die Städtische Oper feierte den 170. Geburtstag Mozarts. Wirklich: an diesen Tagen halten wir, und es ist uns bei der Einführung doch so, als habe ein gewiß unzweifelhaftes Genie gerade für uns komponiert und in Tönen gedeutet. Vom Pathos und der Perzentanz zurück zu Mozart — das wird wohl immer ein Ruf zur Besinnung sein. Auch zur Besinnung. Mit diesem Ruf wird der Wunsch nach einem Haus konzertmuskalischer Einfuhr immer eng verbunden sein. Man muß als Hörer hinzutreten können, phantasiereich den Rahmen der großen vierten Band lempfrieren, eine Spielschachtel aus einem gigantischen Haus machen, um mozarthisch gestimmt zu werden. Die Humore werden sonst bewußt, das Spiel folgerichtig, fast zu tänzelnd, die Sprache und das Orchester und die Bewegungen haben ihre scharfen Akzente, statt daß sie schwebend ohne Kontur bleiben. Aber ein Bruno Walter sitzt am Pult; jeder fühlt, daß hier eine Seele mozarthischer Prägung zart bleiben, zart lenken will, auch auf der Bühne. Ein Ziel feinsinniger Zusammenarbeit von Musik und Regie wird erstrebt, langsam erreicht. Die Arie liegt noch über den Suffoton des Ensembles. Die Beschwingtheit des Lustspiels kann die Schwere des dramatischen Märchens noch nicht aufheben. So bleibt ein Rest, der dem höchsten Aufschwung innerhalb der komischen Oper etwas schuldig bleibt. Frau Vogeln überwand Krankheits Symptome mit souveräner Kunstfertigkeit, die zweite Konstanzenarie wurde besetzt; Krauß sucht sich in Baune zu bringen, Wilhelm Gombert eine Leichtfertigkeit der Stimme mit wirklicher Lustigkeit, aber die spielerische Freude haben und verbreiten erst Kandi, der behäbig, lustig, barbeißig dröhnend den Osmis singt und Lotte Schöne, eine liebliche, bewegliche, anflürende Blonde. Sie hat in „Den Pasquale“ und in der „Fledermaus“ ihre Bistienkarte abgegeben, die sie als perfekte Koloraturfängerin und aragözieste Spubrette der Oper liebert machen. Sie wird im März wiederkehren, um das Ensemble der Städtischen Oper dauernd zu verschönern. Gutmann sprach mit bemerkenswerter Innlichkeit den blauen Selim Bassa. R. E.

„Das Herbstlied“ im Trianon-Theater. Dieses Spiel aus dem Zirkusleben, das Paula Busch vor Jerschner hat, bringt keine neuen Gedanken, enthält keine Sensationen, sondern behandelt ein allgemein bekanntes Thema, nämlich die Tragödie des Alters. Und die findet immer einen Resonanzboden beim Publikum, denn ein jeder muß sich mit dem Altern und der heranwachsenden Jugend abfinden, die in voller Selbstverständlichkeit Liebe und Bewunderung auf sich zieht und Erfolge streift. Besonders schwer trifft das Alter die Leute aus dem Künstlerstand. Paula Busch kennt das Zirkusmilieu, sie braucht höchstwahrscheinlich manche Typen nur mit Worten zu photographieren, und sie zeichnet ihre Figuren sympathisch und verständlich. Der letzte Akt wird hinnehmlich gut, weil alle Bitterkeiten tüchtig überäuert werden und das Geschehen, das zur Katastrophe drängt, zum guten Ende ausläuft. Wenn der Vorhang fällt, hat der Zuschauer das Bewußtsein, eine jede der handelnden Personen wird tatsächlich das Leben so fortsetzen, daß es für sie selber zum Glück wird. Der abgefärbte Sellinger, der jahrelang als ein verrückter Clown gescholten wurde, wird mit der angebotenen, gealterten Frau eine komische Nummer machen, die egoistische Junge hat sich einen Rittmeister getopert, und der brutale, betrügerische Mann ist wohl von Frau und Verhältnis verlassen, aber mit Geld reichlich abgefunden worden. Das Stück enthält nur Bombenrollen, und so spielt mit Hingabe und bestem Gelingen Ferdinand Bonn den Clown, Senta Söneland die alternde Frau, die eine wahre Lebenskünstlerin ist, Via Eibenschütz die ehrgeizige, talberzige Junge, Rudolf Raab einen Gewaltmenschen im Rittergewand und Martin Kettner einen redseligen Varietéganten. e. b.

Staatsoper und Stadloper. Auf die kleine Anfrage eines volksparteilichen Landtagsabgeordneten über die Pläne des Staatsministeriums hinsichtlich der Staatsoper (Unter den Linden und am Königplatz) und der Stadloper erwiderte der Preussische Kultusminister, daß eine Fusion der Opern nicht beabsichtigt gewesen ist. Wie der Amtliche Preussische Vizepräsident weiter der Antwort des Ministers entnimmt, fanden lediglich Vorbesprechungen zwischen Beauftragten der zuständigen Ministerien und Vertretern der „Gemeinnützigen Aktiengesellschaft Städtische Oper“ statt, die eine Interessengemeinschaft der beiden Institute anbahnen sollten. Die praktischen Schwierigkeiten erweisen aber so groß, daß von einer Weiterverfolgung der Angelegenheit abzusehen wurde. Die gegenwärtigen Verhandlungen mit der Städtischen Oper betreffen nur Maßnahmen der laufenden Verwirklichung. Weitere Auskünfte werden erteilt werden, sobald dies ohne Beeinträchtigung der Verhandlungen möglich oder notwendig sein wird.

Volkszählung in Italien. Nach einer amtlichen Mitteilung betrug die Bevölkerung Italiens, einschließlich des „befreiten“ deutschen Söldner, am 31. Dezember 1925 42 115 606 Personen, 3 Millionen mehr als bei der letzten Volkszählung vor vier Jahren.

Kasseler Chronik. Donnerstag um 12 und Sonnabend um 4<sup>1/2</sup> Uhr wird der Veranstaltung der Kasseler „Sinfonische Konzerte“ bei Badmuth, Markgrafenstr. 21, Baurat Boerschmann, Vorträge mit erlauterndem Vortrag durch die Kasseler Vorkonzerte. Eintritt frei.

Die Lang-Rattner von Jiddi Imperator am Sonntag, den 31. Januar um 12 Uhr mittags im Metro-Pol-Theater nach die letzte Wiederholung des diesjährigen Programms sein.



## Amerika und der Weltgerichtshof.

### Beitritt zur internationalen Rechtsorganisation.

New York, 28. Januar. (U.) Der amerikanische Senat hat sich mit 89 gegen 1 Stimme unter gewissen Vorbehalten für die amerikanische Teilnahme an dem Weltgerichtsgerichtshof ausgesprochen.

Dieser Beschluß des für auswärtige Angelegenheiten zuständigen Senates, daß die Vereinigten Staaten dem Weltgerichtshof beitreten sollen, folgt auf seine Zustimmung, an der Abrüstungskonferenz teilzunehmen. Beide Beschlüsse wären ohne Locarno nicht zustande gekommen. Erst seit der Unterzeichnung dieses Vertragswerkes geben, in einer für den europäischen Beobachter überraschenden Schnelligkeit, die Vereinigten Staaten ihre Isolationspolitik auf und beginnen, sich in die Organisation des internationalen Rechts einzufügen, wie sie der Völkerbund schuf.

Die Abkehr von den Vorurteilen und Urteilen der öffentlichen Meinung der Vereinigten Staaten über den Völkerbund und den von ihm auf Grund des Versailler Vertrags geschaffenen Internationalen Gerichtshof im Haag ist naturgemäß nicht vollständig. Der Weg zu der in Europa begründeten und vom Völkerbund unterhaltenen internationalen Justizorganisation ist mit Vorbehalten gepflastert. Sie entstammen zum Teil verfassungsrechtlichen Kompetenzstreitigkeiten; der Senat will der Exekutive möglichst wenig Handlungsfreiheit lassen, und zugleich die Vereinigten Staaten selbst so wenig wie möglich binden. So kamen die Bedingungen zustande, daß die internationale Gerichtsverfassung nur mit Zustimmung der Vereinigten Staaten geändert werden dürfe, daß diese sich jederzeit von dem Gerichtshof wieder zurückziehen könnten und daß für sie kein Einsatzzwang vor dem Gerichtshof bestehen dürfe, mit anderen Worten, daß sie nur freiwillig, und nicht obligatorisch vor der Haager Richterbank zur Austragung eines internationalen Prozesses erscheinen wollen. Zeigen diese Vorbehalte auch, daß die Vereinigten Staaten, an den heutigen, auf dem europäischen Kontinent geltenden Maßstäben gemessen, der Entwicklung des internationalen Rechts durchaus nachhinken, so dürften die Verhandlungen über die Anerkennung dieser Vorbehalte durch die Völkerbundsmächte doch zu einem guten Ende gebracht werden. Die Hauptfrage bei den in diesem Jahr zu erwartenden amerikanisch-europäischen Verhandlungen wird die Wahl der Richter für den Haager Gerichtshof sein. Die Richter werden vom Völkerbundsrat und der Völkerbundsversammlung gewählt. Nun gehören diesen Körperschaften die Vereinigten Staaten nicht an, da sie ja dem Völkerbunde selbst noch fernbleiben wollen. So wird man einen Weg suchen müssen, um den Vereinigten Staaten sich und Stimme im Völkerbund für die Richtervahl zu geben. Hierfür gibt es noch keinen Präzedenzfall. Aber das Weltinteresse daran, die Autorität des ersten ständigen internationalen Gerichtshofs, den die Geschichte kennt, durch den Beitritt der nordamerikanischen Großmacht zu stärken und zu sichern, ist überragend. Es wird eine der deutschen Aufgaben im Völkerbund sein, das Hineinwachsen der Vereinigten Staaten in den Völkerbund zu fördern.

## Kürzung der Dienstzeit in Frankreich.

### Keine Schwächung des Heeres.

Paris, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Kriegsminister Painlevé wird am Donnerstag der Kammer einen Gesetzentwurf über die Reorganisation der Armee vorlegen. Diese wichtige Bestimmung wird die Einführung der einjährigen Dienstzeit, d. h. die Herabsetzung von 18 auf 12 Monate sein. Daß das Kabinett Brandt inmitten der sonstigen schweren Aufgaben einen Gesetzentwurf über die Verkürzung der Militärdienstzeit einbringt, ist ein Beweis sowohl seiner Kraft wie seiner außenpolitischen Klugheit. Die Vorlage des Armee-reorganisationsgesetzes vierzehn Tage vor dem angelegten Beginn der Abrüstungskonferenz beweist, Frankreichs Friedenswillen zu demonstrieren. Sein Delegierter wird in Genf darauf hinweisen, daß kein Land dabei sei, die Dienstzeit auf ein Drittel der Dienstzeit vor dem Weltkrieg herabzusetzen. So schafft sich Frankreich eine gute politische Position, ohne doch die Schlagkraft der Armee als eines Machtinstrumentes herabzumindern.

## Für deutsch-polnische Verständigung!

### Sozialistische Kundgebung in Danzig.

Aus Danzig berichtet man uns: Durch seine zwischenstaatliche Stellung und sein Verhältnis zum Völkerbund besonders geeignet, war der Freistaat Danzig am Sonntag der Schauplatz einer eindrucksvollen internationalen Kundgebung. In der großen Messehalle versammelten sich auf Einladung der Sozialdemokratischen Partei annähernd 5000 Personen. Als Redner sprachen die Genossen Dr. Breitscheid, Deutschland und Dr. Diamant-Polen, außerdem der Vizepräsident von Danzig, Gehl. Von der rot dekorierten Empore grüßten inmitten der Danziger Staatsflaggen die Farben der Republik Deutschland und Polen.

Die Kundgebung unterstrich den Gedanken der Verständigung, der auch in Polen immer mehr an Boden gewinnt. Die Sozialdemokratie wird dieses Werk der Völkerverständigung durchführen bis zum endgültigen Sieg. Die Kundgebung nahm einen prächtigen, ungestörten Verlauf. Es nahmen auch zahlreiche Angehörige des Bürgertums daran teil. Auch die ausländischen Kolonien brachten ihr lebhaftes Interesse entgegen.

## Rom läßt zu früh demonstrieren.

### Wegen „Anti-Italien“-Kundgebungen in Deutschland.

Rom, 27. Januar. (U.) Nach einer Stefanimeldung aus Neapel zog ein großer Demonstrationsszug durch die mit Röhren geschmückten Straßen der Stadt nach dem Plan der Volksabstimmung, um dem Regierungskommissar einen Protest gegen italienische Kundgebungen in Deutschland zu überreichen mit der Bitte, diesen Protest an die Regierung in Rom weiterzuleiten. Eine Demonstration gleicher Art fand in Bari statt. Zwischenfälle sind nicht vorgekommen.

Dieser Regieschleier der Falschheit hat ein Gutes: wenn jetzt wirklich irgendwo in Deutschland der Abkehr über die Schande Europas, den italienischen Faschismus, auf der Straße laut hinausgerufen wird und man erfährt dann von einer Gegenkundgebung in Italien, dann wird jedermann wissen, daß es ein wohlvoorbereitetes Falschheitensmanöver ist. Wie würde denn auch das geknechtete italienische Volk freiwillig für seine Unterdrücker demonstrieren!

Propaganda der Faust. Der französische kommunistische Abgeordnete Dario wurde wegen Mißhandlung eines Polizeibeamten gelegentlich einer Demonstration zu acht Tagen Gefängnis und 300 Franken Geldstrafe verurteilt.

## Die Lichttafel.

Dem Zuckerbäcker-Romanismus der Gedächtnisliste und ihrer Umgebung muß es sehr ganz seltsam zumute sein bei so beängstigend übermäßigen Nacharbeiten. Diese verschandelte Ecke wüthelminischer Pappmachearchitekten ist in den Abendstunden in eine phantastische Lichtwäme getaucht, unter der die Schändelstabsfaben juridireten und untertauchen. Drei große Kinos spielen ihre Lichtlockungen auf das Publikum. Es ist wie ein Kreuzfeuer, doppelt eindringlich, wenn man aus der verhältnismäßig dunkel liegenden Tauengienstraße in diese elektrisch geladene Atmosphäre tritt. Da ist die konzentrierte, farbige geladene Kellere auf dem Haupte Poelzigs, eine Lichtgarbe, die in ihrer räumlichen Begrenztheit nur um so stärker wirkt. Hier wird aus der Rot der langgestreckten Hausfront eine Tugend. Einige Meter weiter laufen die unruhigen Lichter des Ilsa-Hauses am Zoo. Der Abgismus der Lichtwellen ist hier auseinanderfliehender, gleichsam suggestiv durch eine nervöse Beweglichkeit, die den Besantzen unwillkürlich aufmerksam werden läßt. Groß, wüthig, ein wenig plump und niederschmetternd reell stehen die großen Buchstaben des neuesten großen Kinos auf der anderen Seite der ach so geplagten Kirche. Es ist das Viertel der Kellereuperlativ und des — falls man nur die Straße passiert — kostenlosen Amüsments. Um so ernüchternder wirkt dagegen die gähnende Finsternis der übrigen Stadt. Ein paar helle Zentren mit großstädtischer Lichtmanier können die schüßrige Atmosphäre von neun Sehteln des abendlichen Berlin nicht ausgleichen. Die Lichtreklame mühte gleichmäßiger und harmonischer verteilt werden, wenn sie helfen sollte, das Persönlichkeitsbild der Reichshauptstadt abzurunden. Die Gegenfälligkeiten der Beleuchtung wirken bedäunend unzulänglich für eine Viermillionenstadt. Warum aber herrscht insbesondere in den Arbeitervierteln ein derartiges Kleinstadtdunkel? Die Antwort liegt ja auf der Hand. Ist der Geschäftswelt daraus ein Vorwurf zu machen? Welch se doch nur zu gut, daß auch die überreichste Lichtfülle ein entscheidendes Uebel nicht aufheben kann: die mangelnde Zahlungsfähigkeit des wertvollen Menschen.

## Völkische Schießerei am Wilhelmsplatz.

### Zwei Schwerverwundete. — Der Revolverheld verhaftet.

Der geistige Demonstrationssabend hat doch noch einige Opfer gefordert. Im Anschluß an eine Versammlung der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei, die in den Hohenzollernfesthallen in der Berliner Straße in Charlottenburg stattfand, kam es am Wilhelmsplatz zu einem Zusammenstoß zwischen den Völkischen und einem Demonstrationsszug der Kommunisten und des Roten Frontkämpferbundes. Der anfängliche Wortwechsel artete in Tötlichkeiten aus, wobei ein Anhänger der Nationalsozialisten, der 21jährige Victor Schierbaum aus der Solmsstr. 16, sechs Schüsse auf seine Gegner abgab. Von den Kommunisten wurde ein gewisser Hans Klaffert aus der Seidenheimer Straße durch einen Schußschuh schwer verletzt und nach dem Krankenhaus Westend gebracht. Ein weiterer Teilnehmer des kommunistischen Demonstrationsszuges mußte gleichfalls nach dem Krankenhaus transportiert werden. Inwieweit sonstige Verletzte von den Beteiligten selbst in Sicherheit gebracht worden sind, steht noch nicht einwandfrei fest. Der völkische Rowdy, ebenso wie zehn seiner Spießgesellen wurden verhaftet und dem Polizeipräsidium zugeführt. Bei den meisten fand man scharf geladene Schusswaffen. Wie uns mitgeteilt wird, geht es dem verwundeten Klaffert den Umständen nach gut, während der zweite Schwerverletzte, ein Rudolf Winkler aus der Simeonstr. sehr schwer daniederliegt.

## Hilfe für die erwerbslose Jugend.

### Die Beschlüsse des Magistrats.

Der „Vorwärts“ veröffentlichte vor kurzem einen Antrag der S.P.D.-Fraktion, der sich mit der Not der erwerbslosen Jugend befaßt. Der Magistrat hat in seiner gestrigen Sitzung Beschlüsse gefaßt, die im Wesentlichen unseren Vorschlägen entsprechen. Er hat beschlossen, der heutigen Stadtkonferenzvorversammlung vorzuschlagen, aus dem 10-Millionenfonds der städtischen Erwerbslosenhilfe 150 000 Mark für Speisung und kulturelle Beschäftigung der erwerbslosen Jugend bereitzustellen. Der Betrag soll an die Bezirksjugendämter nach der Zahl der Erwerbslosen verteilt werden. Der Magistrat ließ sich bei seinem Beschluß von den Anträgen leiten, die die Dezernenten für Jugendwohlfahrt in ihrer in der vorigen Woche abgehaltenen Konferenz gegeben haben.

Außer der finanziellen Unterstützung der erwerbslosen Jugendlichen aus der städtischen Erwerbslosenhilfe, sollen sie zu kultureller Arbeit gewonnen werden. Je nach Lage der örtlichen Verhältnisse soll den Jugendlichen bei jeder Gelegenheit die Jugendheime während der Tagesstunden geöffnet oder ihnen andere Räume zur Verfügung gestellt werden. Für anregende Unterhaltung durch Spiel und Vortrag und eble Geselligkeit ist zu sorgen. Bedürftigen Jugendlichen soll unentgeltlich ein warmes Mittagmahl gereicht werden. Nach Möglichkeit sollen auch die Werkstätten in den Schulen der erwerbslosen Jugend in den Tagesstunden zugänglich gemacht werden. Für Beschäftigung der Mädchen sollen Nähstuben eingerichtet werden. Neben diesen täglichen Zusammenkünften sind die Jugendlichen auch zu literarischen und musikalischen Nachmittagen sowie zu Wanderungen, Museumsführungen und dergleichen Unternehmungen zu vereinigen. Auch eine ärztliche Versorgung der erwerbslosen Jugend, insbesondere eine Verschickung besonders Unterernährter in Erholungsheime, ist in Aussicht genommen. Ist doch der Ernährungszustand unserer schulenlosen Jugend, die unter den Entbehrungen der Kriegs- und Nachkriegszeit aufgewachsen ist, besorgniserregend. Die städtischen Kinderheime Scheuen und Joffen sollen darum der schlechterernährten, schulenlosen Jugend, das lehrere den jungen Mädchen, geöffnet werden. 200 Mädchen und 400 Jungen werden hier in Zeiträumen von 6 Wochen Erholung und Kräftigung finden. Auch eine gartenbauliche und für die Mädchen hauswirtschaftliche Betätigung der Jugendlichen unter Leitung von Lehrern ist geplant, und in den Heimen leicht durchführbar. Freilich kann es sich bei der vom Magistrat bewilligten Summe nur um einen vorläufigen Zuschuß zu den Veranstaltungen der erwerbslosen Jugend handeln, wie denn auch die geplanten Maßnahmen zunächst als Versuche auf einem sehr schwierigen Gebiet zu betrachten sind. Das Gelingen des Unternehmens wird aber nicht allein von dem Interesse der Jugendlichen, sondern vielmehr noch von der Mitarbeit geeigneter Hilfskräfte abhängen. An Jugendvereine, Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen ergeht darum der Ruf, sich den Jugendämtern für diese so notwendige und sehr wertvolle Arbeit an unserer hilfsbedürftigsten Jugend zur Verfügung zu stellen. Gelingt dies im ausreichenden Maße, so kann aus dieser Notstandssituation ein hervorragendes Erziehungswert entwickelt werden.

Das eigentliche Problem, die zurzeit brachliegenden Kräfte der jugendlichen Erwerbslosen sowohl produktiv für die Allgemeinheit als auch für die geistige und sittliche Entwicklung der Jugendlichen selbst zu heben, ist damit freilich noch nicht gelöst. Die Zusammenfassung der erwerbslosen Jugend durch die Jugendämter kann aber einen Weg zur Lösung dieser Frage bahnen.

Schutz den Jugendberge. Zu der im gestrigen Abendblatt unter obiger Überschrift veröffentlichten Notiz teilt uns der Vorsitzende der sozialdemokratischen Kreisratsfraktion des Kreises Oshavelland, Genosse Paulsen, mit, daß er bereits in der letzten Kreisratsitzung auf Grund einer Mitteilung des Touristenvereins

„Die Ratsfreunde“ über die Beschlagnahme von Räumen in der Jugendberge Weiskershof bei Henningsdorf eine Anfrage an den Landrat gerichtet hat. Die Anfrage wurde dem Kreisrat aus dem Landrat übergeben. Die sozialdemokratische Fraktion des Kreisratstages wird ihren ganzen Einfluß geltend machen, damit die erwähnte Jugendberge ausschließlich der Jugend vorbehalten bleibt, für die sie ja auch von vornherein bestimmt war.

## Gegen die Fürstenforderungen.

Von den gestrigen Versammlungen des Reichsbanners tragen wir noch die folgenden nach:

In Lichterfelde sprach Senatspräsident Dr. Großmann: Scham steigt auf, offene bei uns, heimliche bei den Monarchisten. Sie gerade können sich nicht verhehlen, daß das erste, was die Monarchen von sich hören lassen, Forderungen von Millionen sind. Während des Krieges hieß es: Zeichen Kriegsanleihe. Die Belagten zahlen. Und jetzt muß das Volk durch die Schuld der Fürsten zahlen, die haben ihr alles Leben weitergeführt, während das Volk gedarbt hat und verarmt ist. Man soll endlich aufhören mit der Dolchstoßlüge, Dittmann hat es aufgedeckt, gerade die Roten haben Deutschland vor der Admiralität gerettet. Als 1918 der Umsturz kam, war mancher Fürst froh, mit dem Leben davonkommen. Beamte und Richter sprechen Reden, als ob es keine neue Verfassung gäbe. All die Troika und Canaris sind Beispiele. Sie verteidigen heute noch frühere Militärjustiz. Wo ist das wahre Recht? Nicht bei den Fürsten, sie sind ohne Recht in die Mark gekommen, und als sie Schützen hatten, wurden sie aus den Steuern gedenkt. Jeder Krieg hat den Fürsten Geld gebracht. Man nannte es „Kammergut“. Wenn die Krone fällt, fällt auch das Kammergut. Wir fordern Volksrecht. Wilhelm II. war nicht der Letzte, sondern der erste, der davonfiel. Es muß ein Volksgericht werden. Oberstes Gesetz des Staates ist der Wille des Volkes.

Das Reichsbanner, der Bund Republikanischer Kriegsteilnehmer, Gau Treptow, hatte zu gestern Abend eine Protestversammlung gegen die Abfindungsansprüche der ehemaligen deutschen Fürsten in Rönners Blumengarten zu Oberschöneweide einberufen. Schon lange vor Beginn war der große Saal überfüllt, so daß viele Personen keinen Einlaß mehr fanden. Der erste Vorsitzende des Reichsbanners Gau Treptow, Herr Jung, eröffnete pünktlich die Versammlung und gab dem Genossen Reichstagsabgeordneten Künstler das Wort, der in temperamentvoller Weise die unverschämten Abfindungsansprüche der ehemaligen deutschen Fürsten geißelte. Er stellte sie auf eine Stufe mit den früheren Raubrittern, die das arme Volk ausgeplündert hatten und auf der Landstraße liegen ließen. Ebenso machen es jetzt die Fürsten, die wohl wissen, daß infolge der wirtschaftlichen Not das arme Volk hungert und darbt, aber ihre Begierde nach dem Mammon ist unerfättlich. Voran diesen Kämpfern marschieren, wie nicht anders zu erwarten, die Hohenzollern, besonders der ausgetrocknete Erbkaiser Wilhelm in Doorn. Ebenbürtig, als eine besondere Nummer, bezeichnete Genosse Künstler den Herzog von Koburg-Gotha und die verarmte Großherzogin von Mecklenburg-Schwerin, die allernächst gerufen wolle, daß ihre ehemaligen Untertanen die von ihrem hochseligen Herrn Gemahl ausgesetzten Legate seiner Mätressen bezahlen sollen. Es handelte sich um keine politische Parteifrage, sondern betreffe die ganze deutsche Bevölkerung; lebend, auch dem eingetrockneten Monarchisten müsse die Schamrotze in das Gesicht steigen, wenn er sieht, wie die ehemaligen geliebten Potentaten das arme, vor Hunger gemarterte Volk auszulagen versuchen. Der Redner bezeichnete das Vorgehen der Fürsten als schwarzweiße Reaktion. Man hoffe das Volk zu zermürben und dadurch wieder auf den Thron zu kommen. Alle, die es mit der deutschen Republik ehrlich meinen, müssen deshalb in dieser Frage zusammenhalten. Zwei Resolutionen, die Protest gegen jede weiteren Auszahlung von Entschädigungen an die deutschen Fürsten einlegten und testlose Enteignung des dem Volke geraubten Eigentums forderten, fanden einstimmige Annahme.

In Pankow sprach in einer überfüllten Versammlung Genosse Crilpen. Seine klaren Ausführungen fanden die allgemeine Zustimmung der Versammelten.

## Die städtische Anleihepolitik.

Der Magistrat hat der Beteiligung der Stadt Berlin an der von der Deutschen Girozentrale (Deutschen Kommunabank) beschlossenen internen Anleihe von 20 Millionen Reichsmark zugestimmt. Berlin wird aus dieser Anleihe etwa 3 Millionen erhalten und kommt damit in die Lage, wenigstens einen Teil der 1925 im Anleihehaushalt vorgegebenen Kammereisgaben auch wirklich durch Anleihen zu decken. Die Bedingungen für den Geldnehmer sind allerdings erheblich ungünstiger als die für Auslandsanleihen üblichen. Die effektive Zinsenlast stellt sich auf über 10 Proz.

Dieses Mäckerweise Zusammentragen von kleinen Beträgen mag zwar durch die Not des Augenblicks bedingt sein. Dem Ansehen und dem Kredit der Stadt ist dieses Verfahren aber nicht nützlich.

## Auch der Wap pleite.

Die Wap-A.G. befindet sich schon seit längeren Zeiten, das ist kein Geheimnis und in der Presse mehrfach erörtert worden, in Zahlungsschwierigkeiten. Was aber der Öffentlichkeit nicht bekannt sein dürfte, ist die Tatsache, daß die Majorität der Wap-A.G. sich in den Händen der Landbank des Herrn Hugenberg befindet. Herr Blaustein, der Hauptdirektor der Wap, geht in den Räumen der Landbank aus und ein. Er, der sicherlich nicht so national eingestellt ist, wie der nationale Inspirator der Landbank, Herr Hugenberg. Wegen dieser Geschäfte, die mit der Ausgabe der Landbank nicht das geringste zu tun hat, ist der Direktor, der für diese Geschäfte verantwortlich ist, in die Wüste geschickt worden. Aber es heißt weiter, daß auch durch Vermittlung der Landbank — und hierbei soll die Reichsbank beteiligt sein — der Wap erhebliche Kredite zugeflossen sind. Der Wert der Aktien soll allerdings in der Bilanz der Landbank vollständig zur Abschreibung gelangt sein. Und wie ist es mit den Krediten der Reichsbank? Es wäre um so notwendiger, daß das preussische Staatsministerium sich über diese Dinge äußerte, als bekanntlich vor einigen Tagen die Provinz Grenzmark einen erheblichen Posten Aktien der Landbank erworben hat und als nunmehr, nachdem durch diesen Erwerb, die Aktienmajorität sich in den Händen staatlicher und provinzieller Organe befindet, der preussische Staat unter Ausschaltung des Hugenbergschen Einflusses an die Sanierung der Landbank herangehen will.

Schwerer Unfall in einer Eisenbahn. Von einem schweren Unfall wurden heute mittag gegen 12 Uhr zwei Arbeiter, die in der Eisenbahn von Hartung in der Herzbergstraße in Lichterberg beschäftigt sind, betroffen. Aus bisher unbekanntem Ursachen wurde der 28 Jahre alte Schlosser Max Bartnick aus der Kugeler Str. 15 und der 47 Jahre alte Former Ernst Gaultow aus Hönow am ganzen Körper schwer verbrannt. Durch einen Wagen des Städtischen Rettungsdienstes wurden die beiden Schwerverletzten nach der Unfallklinik Johannistraf. transportiert. Der Zustand ist bedenklich. Eine Untersuchung des bedauerlichen Unglücksfalls ist eingeleitet.

Schwierige Rettung aus See. Der Dampfer „Präsident Roosevelt“ meldet folgendes durch Funkpruch: Während einer vorübergehenden Sturmstille wurden zwölf Mann von der Besatzung des englischen Frachtdampfers „Antinoe“ von der „Roosevelt“ gerettet. Wenn sich der Sturm legt, wird die „Roosevelt“ versuchen, den aus dem Kapitän und zwölf Mann bestehenden Rest der Besatzung der „Antinoe“ in Sicherheit zu bringen. Die „Antinoe“ befindet sich in großer Not. Während der Rettungsarbeiten hat die „Roosevelt“ zwei Mann und fünf Boote verloren.



# Gewerkschaftsbewegung

## Wo bleiben die Notstandsarbeiten?

Der Kämmerer hat 4 Millionen dazu.

Von der Frage des Baues der U.S.G.-Schnellbahn ganz abgesehen, hat der Berliner Magistrat zur Inangriffnahme der sonst projektierten Notstandsarbeiten zunächst ein Darlehen von 4,1 Millionen Reichsmark erhalten. Wie wissen allerdings nicht, seit wann der Kämmerer diese Summe schon hat.

Jedenfalls läßt sich mit diesem Betrage schon etwas anfangen, so daß der etwaige Vorstand mangelnder Geldmittel zur weiteren Verzögerung der Notstandsarbeiten gegenstandslos geworden ist. An Zeit zur Vorbereitung solcher Notstandsarbeiten hat es nicht gefehlt. In vier bis sechs Wochen läßt sich in so ungewöhnlich dringenden Fällen schon einiges tun.

Der Worte aber sind jetzt genug gewechselt. Wir möchten Taten sehen, die schleunigste Vornahme der Notstandsarbeiten. Die ganze bisherige Redewinkel ist wahrlich kein Ruhmesblatt für den Berliner Magistrat. Es muß nun aber genug sein des grausamen Spiels. An die Arbeit!

## Die Arbeitslosigkeit der Stukkateure und Gipser.

Wo bleibt die Arbeit auf der Museumsinsel?

Eine Versammlung der Stukkateure und Gipser am Dienstag im Dresdner Kasino, beschäftigte sich mit der augenblicklichen Lage in der Branche. Der Fachgruppenleiter Scheck teilte in seinem Bericht über den Umfang der Arbeitslosigkeit mit, daß das Stuckgewerbe unter einer ungemein starken Arbeitslosigkeit leide. Von 1450 in Berlin Beschäftigten sind zurzeit 888 arbeitslos, das sind etwa 60 Proz. Dabei wäre genügend Arbeit vorhanden, so z. B. bei den Museumsbauten in der Königgräzer Straße und auf der Museumsinsel. Es ist sehr bedauerlich, daß sich besonders bei dem letztgenannten Bau die Behörden und Bauleitungen über die Ausführung der Arbeit nicht einig werden können und nur deshalb eine große Zahl von Arbeitern auf der Straße liegen muß, die dort monatelang Arbeit hätten. Die Fachgruppenleitung hatte beim Landesarbeitsamt die Verlängerung der Unterstützungsdauer von 13 auf 30 Wochen beantragt. Die Unternehmer im Hochausbau haben dem Antrag zugestimmt, für die Bildhauer auf 30 Wochen und die Stukkateure auf 26 Wochen. Für die Radkuppeler und Spanner haben sie ihre Zustimmung nicht gegeben und ihre Ablehnung damit begründet, daß sich die Arbeiter dieser Gruppe während der Konjunktur im Sommer bei ihren guten Verdiensten Rücklagen hätten machen können. Im übrigen befürchte für diese Gruppe bald Aussicht auf Arbeitsmöglichkeit, was jedoch nicht zutrifft. Es besteht für diese Branchenangehörigen genau so wenig Aussicht auf Arbeit wie für Maurer und Zimmerer, deren Antrag auf Verlängerung der Unterstützungsdauer auf 26 Wochen stattgegeben wurde.

In der Diskussion fanden die Ausführungen des Redners die volle Zustimmung der Versammelten. Es wurde aber auch lebhaft Klage geführt darüber, daß vom Staat und Gemeinde so wenig zur Förderung des Wohnungsbauhauses getan würde. Scheck versprach in seinem Schlusswort, weiter dafür einzutreten, daß die Verlängerung der Unterstützungsdauer für die abschlägig Beschiedenen durchgesetzt wird auch gegen den Widerstand der Unternehmer. Er forderte die Versammelten auf, es sofort dem Verbands zu melden, wenn sie 13 Wochen erwerbslos sind und ihnen die Unterstützung nicht weitergezahlt wird.

## Jahresversammlung des RFA-Ortskartells.

Eröffnung eines Bezirkskartells Groß-Berlin.

Das RFA-Ortskartell Berlin hielt am 25. Januar seine Jahresvertreterversammlung ab, die sehr gut besucht war. Der Vorsitzende Flatau gab einen ausführlichen Geschäfts- und Kassenbericht. Hierbei erwähnte er vor allem die schwierige Tätigkeit des Ortskartells in den Fragen der Erwerbslosenfürsorge, der Erwerbslosigkeit der Angestellten, des Angestelltenabbaus usw. Hervorgehoben wurde auch die kulturelle Arbeit, die im Rahmen des Arbeiterkulturkartells Groß-Berlin geleistet werden konnte. An den Geschäftsbericht schloß sich eine sehr eingehende Diskussion, in der auch Vertreter des Ortsausschusses Berlin des ADGB Gelegenheit nahmen, den Standpunkt der Arbeitergewerkschaften zu den im Geschäftsbericht behandelten Fragen darzulegen. Entlastung wurde einstimmig erteilt. Die bisherigen Vorsitzenden Erich Flatau und Arthur Reichelt wurden von der Vertreterversammlung einstimmig wiedergewählt, ebenso die übrigen Mitglieder des derzeitigen Vorstandes.

Im Anschluß an die Jahresvertreterversammlung fand eine Bezirkskonferenz des neu errichteten Bezirkskartells Groß-Berlin statt, die nur von kurzer Dauer war. Die Konferenz nahm einen vorgelegten Satzungsentwurf einstimmig an, wodurch die Konstituierung der Leitung des Bezirkskartells vollzogen war. Zum neuen Bezirkskartell Groß-Berlin gehören die RFA-Ortskartelle Berlin und Potsdam-Rowdow. Diese bleiben in ihrem örtlichen Bereich selbständig.

## Grundlos verdächtigt und entlassen.

Bei der Direktion der Hotelbetriebs-A.G. ging ein anonymes Brief ein, worin es seit sechs Jahren im Restaurant „Zum Heideberger“ beschäftigter Kellner bejuchelt wurde, vor Jahr und Tag mit der damaligen Kassiererin am kalten Büfett Durchstechereien betrieben zu haben. Die Direktion veranlassete eine „Untersuchung“, durch deren Ergebnis der Kellner so stark belastet erschien, daß er fristlos entlassen wurde.

Durch Klage beim Gewerbegericht forderte der Entlassene seine Wiedereinstellung. Als nun die Direktion ihr Belastungsmaterial vortrug, zeigte sich die völlige Haltlosigkeit desselben. Die Direktion glaubte nämlich, durch die feinerzeit von einem ihrer An-

gestellten vorgenommenen „Untersuchung“ festgestellt zu haben, daß der Kläger Speisen vom kalten Büfett ohne Bon, d. h. ohne Bezahlung entnommen und sich der Kassiererin dafür erkenntlich gezeigt zu haben, daß er sie bei gemeinschaftlichen Ausgängen freigeht.

Als nun die beiden Zeugen — Kollegen des Entlassenen — auf die sich die Direktion stützt, vor Gericht eidlich vernommen wurden, da stellte sich heraus, daß sie im Direktionsbureau wohl etwas mehr gesagt hatten als sie verantworten konnten, und daß in dem über ihre Angaben von einer Stenotypistin aufgenommenen Protokoll noch manches stand, was sie nach ihrer Versicherung vor Gericht überhaupt nicht gesagt hatten. Auf diese Weise waren ganz harmlose Vorgänge ohne Grund als unredliche Handlungen ausgelegt worden.

Vor Gericht ergab sich, daß Durchstechereien der angegebenen Art schon deshalb nicht vorkommen können, weil der Kassiererin die von ihr auszugehenden kalten Speisen vorgezählt werden. Sie würde sich also selber schädigen, wenn sie Speisen ohne Bon ausgibt. Es kommt allerdings vor, daß bei sogenannten Stochgeschäften, wie sie unmittelbar nach Theaterluß einzutreten pflegen, die Kellner so stark beschäftigt sind, daß sie nicht bei jeder Entnahme von Speisen sogleich einen Bon ausreichen können, sondern dies später nachholen. Dies Verfahren hat der Direktor des „Heideberger“ nicht nur gebilligt, sondern in manchen Fällen sogar veranlaßt.

Von der schweren Anschuldigung, die den Grund zur Entlassung des Klägers abgegeben hatte, war also nach dem Ergebnis der gerichtlichen Beweisaufnahme nichts übrig geblieben. Die Direktion wurde deshalb verurteilt, den Kläger wieder einzustellen oder ihm eine Entschädigung von 1200 M. zu zahlen.

## Konferenz der Elektrizitätsarbeiter.

Eine Elektrizitätsarbeiterkonferenz für Thüringen, die Provinz Sachsen und Brandenburg einschließlich Groß-Berlins, die am Sonntag in Halle stattfand, befaßte sich eingehend mit den Entwicklungstendenzen der Stromerzeugenden Industrie. In einer einstimmig angenommenen Entschließung wurde der Zentralverband der Maschinen- und Heizer beauftragt, wie bisher sein größtes Augenmerk auf diese Entwicklung zu lenken, um gegebenenfalls ungünstige wirtschaftliche Erscheinungen von der Elektrizitätsarbeiterchaft abzuwenden. Genosse Bappert hielt einen instruktiven Vortrag über das Tarifwesen in der Stromerzeugenden Industrie. In der Diskussion ergab sich vollständige Übereinstimmung mit den Ausführungen des Referenten, daß nämlich ein gesundes Tarifverhältnis in der Stromerzeugenden Industrie nur unter Führung der Organisation der Produktionsarbeiter möglich ist.

## Amsterdam und Moskau.

Aus Amsterdam brachte IWB. unterm 27. Januar folgende Meldung:

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte, wie feinerzeit berichtet, in der Frage der Vereinigung der Amsterdamer Internationale mit der Roten Gewerkschaftsinternationale am 5. Dezember 1925 den Beschluß gefaßt, daß er auch heute noch auf dem Standpunkt seiner am 7. Februar 1925 gefaßten Resolution stehe, und demzufolge bereit sei, gemeinsam mit Vertretern des russischen Gewerkschaftsbundes eine Konferenz abzuhalten, wenn dieser seinen Wunsch nach Zulassung zum Internationalen Gewerkschaftsbund zum Ausdruck bringe. Nunmehr ist beim Internationalen Gewerkschaftsbund ein vom 18. Januar datiertes Antwortschreiben des Zentralrates des Allrussischen Gewerkschaftsbundes eingegangen, das vom Sekretär Dogadoff unterzeichnet ist. In diesem Schreiben wird betont, daß der russische Gewerkschaftsbund seine im Gegensatz zu dem Beschluß des Internationalen Gewerkschaftsbundes stehende und bereits am 20. Mai 1925 aufgestellte Forderung nach Einberufung einer gemeinsamen Konferenz ohne irgendwelche Vorbedingungen auch heute aufrechterhalten müsse und diesem Vorschlag nichts hinzufügen könne. Gleichzeitig hatte es aber der Zentralrat des Allrussischen Gewerkschaftsbundes feinerzeit für seine Pflicht, das Wert der Wiederherstellung der internationalen Gewerkschaftseinheit im Hinblick auf die Schaffung einer einzigen Gewerkschaftsinternationale unermüdlich fortzusetzen.

Da der Internationale Gewerkschaftsbund mit ihm nichtangeschlossenen Organisationen nur über deren Anschluß an den IWB. verhandeln kann, nicht aber mit Landesvorständen, die über die Auflösung des IWB. mit ihm verhandeln wollen, führt dieses Antwortschreiben sachlich keinen Schritt weiter. Handelte es sich für den russischen Gewerkschaftsbund um die ehrliche Absicht einer Verständigung über die eine oder andere Programm- oder Satzungsfrage, dann stände Verhandlungen hierüber auf Grund der Beschlüsse des IWB. nichts im Wege. Die Zumutung also, der Internationale Gewerkschaftsbund soll über seine Zerteilung mit den russischen Gewerkschaftsvertretern verhandeln, ist derart überheblich, daß sie nur als echt russisch-bolschewistisch erklärlich ist.

## Sitzung des Internationalen Arbeitsamts.

Genf, 28. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Heute Donnerstag versammelte sich hier der Verwaltungsrat des Internationalen Arbeitsamtes zu seiner ersten Sitzung in diesem Jahre, die ursprünglich in Warschau stattfinden sollte. Die Tagung gilt vor allem der Aufstellung der Tagesordnung für die internationale Arbeitskonferenz des Jahres 1927. Außerdem stehen zur Beratung ein Antrag der internationalen Vereinigung der Belegschaften auf Vertretung in der internationalen Arbeitsorganisation, ein Kommissionsbericht über die Untersuchung der Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Kohlenindustrie und ein Kommissionsbericht über eine Revision der Zusammensetzung der Kommissionen.

Auf die Tagesordnung der internationalen Arbeitskonferenz von 1927 sind vorläufig vom Verwaltungsrat folgende Punkte gesetzt: 1. die Krankenversicherung, 2. das Koalitionsrecht, 3. Bezahlung des Urlaubs, 4. Methoden zur Festsetzung von Mindestgehältern, 5. Unfallverhütung.

# Wirtschaft

Sanierung bei Freund u. Co., Charlottenburg. Die Berliner Metallarbeiter werden bei der Sanierung der Berliner U.G. für Eisengießerei und Maschinenfabrikation vorm. C. F. Freund u. Co., Charlottenburg, in doppelter Weise hiten. Einmal geht die Absicht der Verwaltung dahin, sich durch Verkauf der meisten in der Stadt liegenden Grundstücke und Gebäude Geld zu beschaffen, um damit den auf die Stahlgießerei mit den Böhnhardt-Defen zu beschränkenden Betrieb außerhalb Berlins neu zu errichten. Die Berliner Belegschaft wird also ihre bisherige Arbeitsstätte ganz verlieren. Die Beschränkung auf die Produktion des neuen F-Baustrahls, von dem die Verwaltung sich sehr viel verspricht, ist durch den Interessengemeinschaftsvertrag mit der Maschinenbau-A.G. vorm. Starke u. Hoffmann, Hirschberg (Schl.), möglich, die gegen 25 Proz. ihrer Aktien den Bau von Schleusenanlagen, Pumpen und Mälzereieinrichtung dauernd von der Charlottenburger Firma übernimmt. Wie ein Hohn auf das Schicksal der alten Belegschaft wirkt aber eine andere Sanierungsmahnahme. Die Bilanz weist einen Gesamtverlust von 915 000 M. aus. Dieser Verlust hätte wenigstens um die 310 000 M. gekürzt werden können, die das Geschäft mit Starke u. Hoffmann einbringt. Außerdem stand die Reserve mit 203 500 M. zur Verfügung. Das aber hat man nicht getan; weil das Geschäft mit Starke u. Hoffmann in das neue Geschäftsjahr fällt. Nur die Reserve wurde aufgelöst. Dafür aber hatte die über 100 Jahre alte Berliner Firma den Pensionsfonds der Beamten mit 50 000 M., den Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen der Beamten und Angestellten (25 000 M.) und den Unterstützungsfonds für die Witwen und Waisen der Arbeiter (25 000 M.), die bei der Goldumstellung als Ersatz für die Inflationsverluste großzügig neu geschaffen wurden, zur Deckung der Verluste aufgelöst. Wenn die Arbeiterchaft auch allen Wohlfahrtsveranstaltungen der Unternehmer äußerst skeptisch gegenübersteht, so spricht die Sanierung bei Freund für den Sinn dieser Veranlassungen Bände. Dabei muß man beachten, daß die erst von der Verwaltung geplante, aber mißglückte Umstellung 278 000 M. Zinsen oder fast ein Siebentel des Aktienkapitals und fast ein Drittel des Verlusts kostete und daß die Gesellschaft aus dem Verkauf der wertvollen Grundstücke Millionen zu erwarten hat.

Ueber die Mißstände im Aktienrecht, besonders über den Mißbrauch des Aktienstimmrechts durch Banken, sprach am Montag vor der „Vereinigung für Aktienrecht“ Prof. Giesecke (Kostof). Der Referent legte zunächst die rechtliche Situation dar, die vorliegt, wenn die Banken bei Generalversammlungen das Stimmrecht von solchen Aktien wahrnehmen, die als Eigentum der Kunden bei ihnen deponiert sind, bzw. von Aktien, die den Kunden auf Stückkonto geschuldet werden, oder von solchen, die sich im Sammeldepot (bei Effektenverkehrs) befinden. Auch das Gebiet des schlimmsten Mißbrauchs, den die Banken mit den bei ihnen lagernden Rundschäftsaktien treiben, wurde behandelt, nämlich die Ueberlassung an befreundete Bankengruppen, die damit (also mit absolut fremden Beständen) ihre Absichten in den Generalversammlungen durchsetzen können. — Der Vortragende glaubte freilich, daß eine Abstellung dieser Mißstände noch bis zu einem späteren Zeitpunkt, wo eine grundsätzliche Reform des Aktienrechtes stattfinden könnte, aufzuschieben wäre; daß — abgesehen von den wirtschaftlichen Unzulänglichkeiten und Unentwürdigkeiten — die augenblickliche rechtliche Lage denkbar ungefügt sei, wurde freilich auch von ihm zugegeben. —

Eine Reichsbankniederstelle in Weihensee. Am 8. Februar 1926 wird in Berlin-Weihensee eine dem Reichsbankdirektorium in Berlin unmittelbar untergeordnete Reichsbankniederstelle mit Kasseneinrichtung eröffnet werden.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Erich Salfer; Gewerkschaftsbewegung: Reich. Chalmers; Realpolitik: Dr. John Schürmann; Soziale und Sanftm.: Reich. Rastbach; Wasservers.: Th. Giesecke; sämtlich in Berlin. Berlin: Born-Preis-Berlin G. m. b. H. Berlin. Druck: Born-Preis-Berlin G. m. b. H. Berlin. Vertrieb: Born-Preis-Berlin G. m. b. H. Berlin. Vertrieb: Born-Preis-Berlin G. m. b. H. Berlin.

Schützt Eure Bücher!



Bücherschrank in Eiche  
M. 42.-  
1,52 m hoch, 0,70 breit,  
0,30 tief, mit 5 Böden,  
in hell, braun oder  
schwarz. Auch größere  
am Lager. Versand  
nach außerhalb.  
A. Kellner,  
Born-Preis-Berlin  
Berlin-Preuss.  
Größtstraße 50.  
Tel. Moritzplatz 8048  
Geöffnet von 7-7 Uhr



Das Lothmann  
Wort auf jeder An-  
satz rüst you Rind mit  
Messmer's Tee.

# Billige Ultimo-Tage

- Damen-Spangen- und Schnürschuhe gute Lederarten, kleine Größen. . . . . 4<sup>90</sup>
- Alle Größen Damen-Spangen- u. Schnürschuhe gute Lederarten und Formen. . . . . 6<sup>90</sup>
- Alle Größen Orig.-Goodyear-Welt Damen-Spangenschuhe teils Schnürschuhe, echt Kalf., echt Chevreau, aus renommierter Fabrik. . . . . 9<sup>80</sup>
- Luxus-Damenschuhe Lackleder, Brokatstoff etc., echt French. . . . . 9<sup>80</sup>

- Herren-Stiefel und Halbschuhe echt Boxriem, moderne Formen. . . . . 7<sup>90</sup>
- Herren-Arbeitsstiefel kräftige Spaltleder. . . . . 5<sup>90</sup>
- Original Goodyear-Welt-Herrenstiefel und Halbschuhe aus bekannter renommierter Fabrik. . . . . 11<sup>90</sup>
- do. braun Halbschuhe, echt Boxriem. . . . . 11<sup>90</sup>
- Herren-Stiefel und Halbschuhe Lack, braun und schwarz, in verschiedenen Ausführungen. . . . . 11<sup>80</sup>

- Warme Damen-Hausschuhe karierter Stoff. . . . . 85 Pf.
- Kamelhaar-Schuhe jetzt besonders herabgesetzt

Mit Rücksicht auf die jetzige Geldknappheit haben wir eine Reihe Damen-, Herren- u. Kinder-Schuhe bedeutend herabgesetzt u. bringen auch zum Ultimo diese billigen Preise für gute Ware

**Schuh-Lokal**  
NEU ERÖFFNET • SCHÖNEBERG  
HAUPTSTRASSE 160

Münzstrasse 25 • Schöneberg-Hauptstr. 160  
Frankfurter-Allee 54 • Kottbuser-Damm 13

Behrnt

Ditte unsere 21 Schaufenster an-sehen.